

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen, Dr. Hakki Keskin,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/1199 –**

Die Welt zu Gast bei Freunden – Für eine offenere Migrations- und Flüchtlingspolitik in Deutschland und der Europäischen Union

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE. konstatiert in ihrem Antrag, dass die in deutsches Recht umzusetzenden asyl- und aufenthaltsrechtlichen Richtlinien der Europäischen Union weit hinter die ursprünglich liberaleren Entwürfe der Europäischen Kommission zur Vereinheitlichung der unterschiedlichen Rechtssysteme zurückfielen. Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, den vorliegenden Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern vom 3. Januar 2006 zur Umsetzung der besagten EU-Richtlinien grundlegend neu zu überarbeiten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/1199 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/1199 abzulehnen.

Berlin, den 13. Dezember 2006

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Rüdiger Veit, Reinhard Grindel, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Ulla Jelpke und Silke Stokar von Neuforn

I. Zum Verfahren

1. Überweisung

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/1199 wurde in der 43. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. Juni 2006 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 31. Sitzung am 13. Dezember 2006 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 42. Sitzung am 13. Dezember 2006 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 25. Sitzung am 13. Dezember 2006 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 24. Sitzung am 13. Dezember 2006 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 25. Sitzung am 13. Dezember 2006 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/1199 in seiner 27. Sitzung am 13. Dezember 2006 abschließend beraten. Als Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag auf Drucksache 16/1199 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Frak-

tionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

II. Zur Begründung

Die **Fraktion DIE LINKE.** verweist auf ihren umfangreich begründeten Antrag. Die Frist zur Umsetzung der elf Richtlinien der Europäischen Union zu asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen sei von der Bundesregierung ohne Not versäumt worden. Zu monieren sei zudem, dass der vorliegende Referentenentwurf vom Januar 2006 sehr restriktiv gefasst sei. Der Antrag zeige detailliert auf, zu welchen Punkten die Bundesregierung die Umsetzung der EU-Richtlinien zum Anlass nehmen sollte, gesetzgeberisch initiativ zu werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stimmt dem Antrag zu. Auch wenn nicht jede einzelne Formulierung geteilt werde, so würde der Antragsinhalt doch in weiten Bereichen grüne Positionen wiedergeben. Die Politik der Repression und der technischen Grenzsicherung sei gescheitert. Vielmehr sei legale Zuwanderung nötig, um illegale Einwanderung zu begrenzen. Insgesamt benötige man im Hinblick auf das Asylbewerberleistungsgesetz wie auch zum Bleiberecht und zu Härtefallregelungen einen anderen Ansatz als ihn die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen vertreten.

Die **Fraktion der FDP** befürwortet den Antrag nicht. Zwar würde die Fraktion der FDP Punkten aus dem Antrag, wenn sie isoliert beantragt würden, zustimmen, wie zum Beispiel zur Vermeidung von Kettenduldungen oder den Schutz vor Menschenhandel. Allerdings seien viele Aussagen im Antrag zu pauschal, wie zum Beispiel zum Ehegattennachzug. Auch die Forderung nach Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes gehe zu weit.

Die **Fraktion der SPD** stimmt dem Antrag in dieser Form ebenfalls nicht zu. Seit einem Jahr würden die Koalitionsfraktionen sich in den Beratungen zur Umsetzung der elf EU-Richtlinien zu asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen befinden. Eine Bewertung über ein zu erwartendes Ergebnis sei zum jetzigen Zeitpunkt sehr schwierig abzugeben. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. gehe mit seinen Forderungen aber weit über das hinaus, was die Koalitionsfraktionen verhandeln würden. Eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes werde nicht kommen. Auch bei der Erfüllung der Forderung nach Beseitigung der Abschiebehaft oder einer nachhaltigen Einschränkung, würde sich die Koalition überheben. Allerdings seien Elemente des Antragsinhalts, auch im humanitären Bereich, Gegenstand der Verhandlungen der Koalitionsfraktionen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** lehnt den Antrag ab. Der von der Fraktion DIE LINKE. kritisierte Referentenentwurf vom Januar 2006 enthalte keine Verschlechterungen, sondern Verbesserungen, wie zum Beispiel umfassende Regeln zur Integration und der Schutz vor Zwangsehen sowie zur Unterbindung von Scheinehen. Die Abschiebehaft sei leider nötig.

Das Asylbewerberleistungsgesetz sei richtig. Im Übrigen gelte es, eine ungesteuerte Zuwanderung in die Sozialsysteme zu verhindern.

Berlin, den 13. Dezember 2006

Rüdiger Veit
Berichtersteller

Reinhard Grindel
Berichtersteller

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichtersteller

Ulla Jelpke
Berichterstellerin

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstellerin